

## PRESSEMITTEILUNG DES FISKALRATES

Wien, 9. Juli 2015

### BUDGET- UND SCHULDENENTWICKLUNG DES STAATES IN ÖSTERREICH IM JAHR 2014<sup>1</sup>

(Ergebnisse des Berichts über die öffentlichen Finanzen 2014)

#### Schwache Konjunktur in Österreich und rückläufige Länderrisikoprämien 2014

- Das reale BIP im **Euroraum** kehrte während des Jahres 2014 zu einem moderaten Wachstum von 0,9% im Jahresabstand (gemäß Eurostat) zurück. Die beginnende wirtschaftliche Erholung im Jahr 2013 hat sich im ersten Halbjahr 2014 verlangsamt, im zweiten Halbjahr jedoch wieder Schwung bekommen.
- Die **österreichische Wirtschaft** büßte im Jahr 2014 ihren langjährigen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum ein und setzte die Konjunkturschwäche des Jahres 2013 fort (BIP real 2014: +0,3%). Die Konjunkturerwartungen zu Jahresbeginn erfüllten sich nicht, da die Exporte als Wachstumsfaktor ausblieben und sich die Inlandsnachfrage schwach entwickelte.
- Vor allem die Ankündigung eines möglichen Anleihekaufprogramms (erstmalig) im April 2014 löste einen starken Rückgang der Staatsanleiherenditen aus. Die **Emissionsrendite** für 10-jährige **österreichische Staatsanleihen** erreichte 2014 mit 1,3% den niedrigsten Durchschnittswert im historischen Vergleich.

#### Österreich unterliegt seit 2014 den Bestimmungen des präventiven Arms des SWP

- Seit **Beendigung des ÜD-Verfahrens** (korrektiver Arm) im Jahr 2014 sind für Österreich die Bestimmungen des **präventiven Arms** des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) gültig. Sie geben (sofern nicht Ausnahmeregeln anzuwenden sind) in Grundzügen Folgendes vor:
  - Unterschreitung einer gesamtstaatlichen Maastricht-Defizitquote von 3% des BIP.
  - **Anpassung des strukturellen Budgetsaldos** in Richtung des **MTO** („Medium Term Objective“) in Höhe von -0,45% des BIP. Für das Jahr 2014 war gemäß EK eine Reduktion der strukturellen Defizitquote des Staates um 0,6 Prozentpunkte erforderlich.
  - Das **MTO** gilt auch dann als erreicht, wenn der strukturelle Budgetsaldo innerhalb einer Bandbreite von 0,25 Prozentpunkten des länderspezifischen MTO liegt.
  - Beschränkung des **jährlichen realen Ausgabenzuwachses** des Staates (u. a. ohne Zinszahlungen und ohne zyklische Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung) mit der mittelfristigen Wachstumsrate des Potenzialoutputs, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Solange das MTO nicht erreicht wird, ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Im Jahr 2014 betrug die Obergrenze für den realen Ausgabenzuwachs (bereinigt) laut EK -0,1% im Jahresabstand.

<sup>1</sup> Die Daten beziehen sich auf den Stand von März 2015.

- **Rückführung der Staatsschuldenquote** im Einklang mit der Schuldenregel. Nach Einstellung eines ÜD-Verfahrens besteht ein dreijähriger **Übergangszeitraum** (Österreich 2014 bis 2016). Währenddessen gilt die lineare Mindestanpassung des strukturellen Budgetsaldos („minimum linear structural adjustment“) als Benchmark, die am Ende des Übergangszeitraums die Einhaltung der Schuldenregel sicherstellen muss. Laut EK gilt in diesem Zusammenhang eine Beibehaltung des strukturellen Budgetdefizits für 2014 als ausreichend.
- Die **Beurteilung** des Rates der Europäischen Union über die **Einhaltung bzw. Verfehlung der mehrdimensionalen EU-Fiskalregeln** erfolgt jeweils im **Frühjahr** des Jahres t für das Jahr t-1 auf **Basis der EK-Prognose und den EK-Berechnungen**.
- **Insgesamt** erfüllte Österreich im Wesentlichen die **numerischen Zielvorgaben** im Jahr **2014** im Hinblick auf die **Budgetgebarung**. Die Staatsverschuldung (gemessen am BIP) fiel jedoch durch neue Berechnungsvorgaben (ESVG 2010) und durch das Bankenpaket merklich höher als geplant aus. Die **Reformempfehlungen** der EK decken sich zwar weitgehend mit den Anliegen der österreichischen Bundesregierung, die Umsetzung der meisten Strukturreformen ist aber noch nicht oder nur zum Teil erfolgt. Sie sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden.
- Stellt man die Ergebnisse der **Potenzialoutputschätzung** der EK, des FISK und des WIFO vom Frühjahr 2015 gegenüber, die für die zyklische Bereinigung des Budgetsaldos des Staates von Bedeutung sind, so zeigen sich Unterschiede insbesondere in den Wachstumsbeiträgen des Trends der Faktorproduktivität (TFP) für das Jahr 2014. Methodisch wich das WIFO – im Gegensatz zum FISK – von der EK-Methode insofern ab, als ein weniger prozyklischer Trend der TFP unterstellt wurde. Aufgrund des höheren TFP-Trends errechnete das WIFO im März 2015 einen höheren Potenzialoutput als EK und FISK und in der Folge eine größere **Outputlücke** (2014: WIFO: -1,5; EK: -1,2 FISK: -1,0). Die Differenz zwischen dem EK- und FISK-Ergebnis 2014 für den strukturellen Budgetsaldo von 0,2 Prozentpunkten erklärt sich zu 50% aus unterschiedlichen Konjunkturannahmen und zu 50% aus unterschiedlichen Daten bezüglich der Einmalmaßnahmen.

### **Gesamtstaatliches Budgetdefizit 2014 niedriger als veranschlagt; MTO wurde laut EK erreicht**

- Trotz eines unter den Erwartungen liegenden, schwachen Wirtschaftswachstums unterschritt das **vorläufige Endergebnis** für das **Maastricht-Defizit 2014** (Stand: März 2015) mit 2,4% des BIP den im März 2014 festgelegten Zielwert für das Jahr 2014 um 0,3% des BIP.
- Eine **Tendenz zur Überschätzung** des Defizits des Bundes bei der Planung und ein strikter Budgetvöllzug waren auch in den vorangegangenen Jahren, mit Ausnahme des Jahres 2012 (unerwartete Ausgaben für das Bankenpaket), zu verzeichnen: Von 2005 bis 2014 überschritt das (geplante) Maastricht-Defizit der Bundesebene in der Budgetären Notifikation vom März des laufenden Jahres das vorläufige Endergebnis nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses im folgenden Jahr um durchschnittlich jeweils 1,2 Mrd EUR oder 0,4% des BIP.
- Während **temporäre Effekte** im Jahr 2013 das Maastricht-Defizit per saldo um 0,7 Mrd EUR reduzierten, **erhöhten** sie es im Jahr 2014 um 4,0 Mrd EUR. Die Einmalmaßnahmen 2014 umfassten ausgabenseitige Vermögenstransfers an Banken (4,5 Mrd EUR) und einnahmenseitige Rücküberweisungen von EU-Steuermitteln (BNE-Mitteln: 0,3 Mrd EUR) sowie Erträge aus dem Liechtenstein-Abkommen (0,3 Mrd EUR). Ohne diese **einmaligen Ereignisse** wäre das Maastricht-Defizit im Jahr 2014 mit 1,2% des BIP unter jenem von 2013 mit 1,5% des BIP gelegen.
- Laut **EK-Frühjahrsprognose 2015** betrug im Jahr 2014 das Potenzialwachstum 0,9% und die Outputlücke -1,2% des Potenzialoutputs. Geht man von einer Budgetsensitivität von 0,58 aus, so waren gerundet 0,7 Prozentpunkte des Maastricht-Defizits von 2,4% des BIP auf die **zyklische Komponente** zurückzuführen. Nach Bereinigung um **Einmalmaßnahmen** weist die **EK-Frühjahrsprognose** im Jahr 2014 einen **strukturellen Saldo** für Österreich von -0,4% des BIP

aus. Somit erreichte Österreich im **Jahr 2014** das „**mittelfristige Budgetziel**“ (MTO) eines strukturellen Budgetdefizits von maximal 0,45% des BIP.

- Diese gesamtstaatliche Zielgröße eines strukturellen Budgetsdefizits von maximal –0,45% des BIP (MTO) muss – gemäß den EU-Fiskalregeln – auch in den kommenden Jahren eingehalten werden. Nach **eigenen Berechnungen des Fiskalrates vom Mai 2015** könnte es aber zu einer Verfehlung dieses Zielwertes kommen: Im **Jahr 2015** dürfte das **strukturelle Budgetdefizit laut FISK-Schätzung** mit 0,6% des BIP **innerhalb der tolerierten Abweichung** von 0,25% des BIP zum **mittelfristigen Budgetziel** (MTO) liegen. Im **Jahr 2016** ist durch die **Steuerreform 2015/2016** mit einer „**erheblichen**“ Verschlechterung des strukturellen Budgetsaldos im Sinne des SWP zu rechnen.
- Das Ergebnis des **strukturellen Budgetsaldos** unterliegt **erheblichen Unsicherheiten** und wird oft für vergangene Jahre **revidiert**. Diese Unsicherheiten ergeben sich aus unterschiedlichen Berechnungsmethoden und Wirtschaftsprognosen, aber auch dadurch, dass der Potenzialoutput keine direkt beobachtbare, sondern eine analytische Kenngröße darstellt. Dies erklärt auch abweichende Ergebnisse unterschiedlicher Institutionen.

### **Einnahmewachst des Staates 2014 im Zeitvergleich schwach, aber höher als das BIP**

- Das schwache Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 bewirkte einen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren (+3,3% p. a.) unterdurchschnittlichen Anstieg des **gesamtstaatlichen Steueraufkommens** (+2,8 Mrd EUR oder +3,1%). Dennoch lag der Anstieg des Steueraufkommens deutlich über jenem des nominellen BIP (+2,0%), was auf den **progressiven Steuertarif** bei der Lohn- und Einkommensteuer, auf das **Abgabenänderungsgesetz 2014** sowie **in den Vorjahren** beschlossene **Steuererhöhungen** zurückzuführen war.
- Die von der Bundesregierung im **Konsolidierungspfad seit 2011 eingeführten einnahmenseitigen Maßnahmen** dürften – auf Basis von Ex-ante-Schätzungen des BMF und bereinigt um Aufkommensdaten für einige Spezialsteuern, wie die Abgeltungssteuern oder die Stabilitätsabgabe – die Staatseinnahmen bis zum Jahr 2014 auf insgesamt 4,5 Mrd EUR und im Vorjahresvergleich um etwa 1,0 Mrd EUR erhöht haben.
- Gemessen am BIP stieg die Abgabenquote im Berichtsjahr weiter an (+0,5 Prozentpunkte) und erreichte 2014 nach nationaler Abgrenzung 43,1% des BIP.

### **Zuwachs der Staatsausgaben 2014 hoch, aber durch Sondereffekte überzeichnet**

- Die **Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte** erreichten im Jahr 2014 ein Volumen von 172 Mrd EUR und lagen damit um 7,9 Mrd EUR oder 4,8% über dem Ausgabenvolumen des Jahres 2013. Dieser beträchtliche Anstieg geht im Wesentlichen auf **zwei Sonderfaktoren** zurück. Erstens führte die Neubewertung der Vermögenswerte im Zuge der Einrichtung der Abbaugesellschaft HETA Asset Resolution AG zu ausgabenseitigen **Mehrausgaben für die verstaatlichten Banken** (2,7 Mrd EUR). Zweitens reduzierten Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen in der Höhe von 2,0 Mrd EUR einmalig das Ausgabenvolumen im Jahr 2013 und verzerrten den Ausgabenverlauf im Vorjahresvergleich 2014.
- Werden die Staatsausgaben um all diese **Sonderfaktoren bereinigt** (d. h. ohne Einmalmaßnahmen im Sinne der EU-Definition), so betrug im Berichtsjahr 2014 der **Ausgabenanstieg** 2,2% im Vorjahresvergleich und lag damit sowohl etwas über dem Durchschnittswert der Jahre 2010 bis 2014 (Gesamtausgabenanstieg ohne Einmalmaßnahmen 2010 bis 2014: 2,0% p. a.) als auch über dem

nominellen BIP-Anstieg (+2,0%). Die (unbereinigte) Staatsausgabenquote Österreichs stieg im Jahr 2014 kräftig auf 52,3% des BIP (2013: 50,9% des BIP).

- Die EU-Vorgabe in Bezug auf die **Ausgabenregel** für das Jahr 2014 – **eine maximal zulässige reale Veränderung der Ausgaben** des Gesamtstaates (adaptiert) von –0,1% – wurde mit einem Anstieg von real 3,1% im Vorjahresvergleich markant und im Sinne der **EU-Definition „erheblich“** verfehlt. Solange das MTO erreicht wird, löst eine Nichterfüllung der Ausgabenregel jedoch keine Verfahrensschritte nach dem SWP aus. Eine hohe Ausgabendynamik des Staates im Sinne der Ausgabenregel liefert allerdings Hinweise auf mögliche **Schwierigkeiten bei der Einhaltung des MTO** in der Zukunft.

### **Bankenpaket, Sozialausgaben und Gesundheitswesen prägen die hohe Ausgabendynamik im Jahr 2014**

- Die budgetrelevanten Einnahmen und Ausgaben des **Bankenpakets** belasteten 2014 den **gesamtstaatlichen Budgetsaldo laut Maastricht** netto mit 4,2 Mrd EUR (2013: 1,4 Mrd EUR). Die **Gesamtausgaben** des Bankenpakets beliefen sich im Jahr 2014 auf 4,9 Mrd EUR. Dabei handelte es sich vorrangig um **Vermögenstransfers** an die Hypo Alpe-Adria-Bank bzw. an die HETA. **Einnahmenseitig** kam es im Jahr 2014 bei den Haftungsentgelten, Zinsen für Darlehensvergaben und Dividenden zu Änderungen, die sich im Aggregat aber weitgehend neutralisierten.
- Der Anstieg der **Bruttoverschuldung laut Maastricht** für das Bankenpaket überstieg im Jahr 2014 mit 11,3 Mrd EUR die Budgetbelastung aufgrund der Verbuchung der HETA-Verbindlichkeiten im Sektor Staat – trotz schuldreduzierender Rückzahlungen von Partizipationskapital (BAWAG P.S.K. AG, Raiffeisen Bank International AG) – deutlich. Damit reduzierte sich das Partizipationskapital des Bundes gemäß den ESVG 2010-Buchungsregeln auf 0,3 Mrd EUR (Österreichische Volksbanken AG). Der **kumulierte Schuldeneffekt** durch alle bisherigen Hilfsmaßnahmen für Banken belief sich Ende 2014 auf 27,8 Mrd EUR.
- Vergleichsweise dynamisch entwickelten sich in den letzten Jahren – abgesehen vom **Bankenpaket** – die Ausgabenkategorien im Bereich der **Sozialleistungen** und des **Gesundheitswesens**. Die **monetären Sozialleistungen** nahmen im Berichtsjahr um 3,2% (+2,0 Mrd EUR) zu, wobei dieser Zuwachs vorrangig auf die Ausgaben für Alterspensionen (+3,9%, +1,6 Mrd EUR) und die Arbeitslosenleistungen (+4,8%, +0,2 Mrd EUR) zurückzuführen war. Die Strukturreformen im Bereich der Pensionen und moderate Pensionsanpassungen haben den Ausgabenzuwachs für **Pensionen** zwar gebremst, die Ausgabensteigerung war aber 2014 deutlich höher als der Anstieg des nominellen BIP (+2,0%) oder des (um Einmaleffekte bereinigten) Ausgabenaggregats (+2,2%). Bei den **sozialen Sachleistungen** war die Wachstumsrate von 4,9% (+0,6 Mrd EUR) auf die Ausgaben im **Gesundheitswesen** (+5,0%) zurückzuführen.
- Die **Personal- und Sachausgaben** des Staates entwickelten sich im Jahr 2014 mit 1,6% oder 0,9 Mrd EUR moderat. Der Lohn- und Gehaltsabschluss für Bundesbedienstete lag 2014 bei +1,88% nach einer Nulllohnrunde im Vorjahr. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen auf Länder- und Gemeindeebene fielen zum Teil höher aus. Der Anstieg der Personal- und Sachausgaben auf Länder- und Gemeindeebene entsprach mit 1,9% dem gesamtstaatlichen Durchschnitt der letzten 5 Jahre.
- Nominelle **Rückgänge** zeigten sich in den letzten Jahren im Regelfall bei den **Zinszahlungen** für die Staatsschuld und teilweise bei den **Bruttoinvestitionen**. Die Belastung durch **Zinszahlungen** nahm 2014 trotz des hohen Zuwachses der Staatsschuld um 3,0% oder 0,2 Mrd EUR ab. Die Zinszahlungen erreichten ein Volumen von 7,8 Mrd EUR. Im Jahr 2009 betrug die Zinsausgaben noch 9,0 Mrd EUR.

- Die **Ausgabendynamik des Staates für Bruttoinvestitionen** fällt seit Jahren – zum Teil wegen **ausgegliederter Einheiten** (z. B. ASFINAG, Stadtwerke, Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit auf Gemeindeebene), **Sonderfinanzierungen** (z. B. Leasing) und **Haftungsübernahmen** – niedrig aus. Auch die substanziellen Änderungen durch die Anwendung der neuen ESVG-Regeln seit Herbst 2014 (**ESVG 2010**) änderten an der geringen Ausgabendynamik wenig. Die Mehrzahl der **staatsnahen Infrastruktureinheiten** sind aber seit Anwendung des ESVG 2010 als **Staatseinheiten** klassifiziert (wie z. B. die ÖBB-Infrastruktur, Wiener Linien, die Landeskrankenanstalten, BIG, Immobiliengesellschaften der Gemeinden), wodurch sich das Investitionsvolumen massiv erhöhte. Das öffentliche Investitionsvolumen erreichte nach der neuen Berechnungsmethode im Jahr 2014 9,4 Mrd EUR oder 2,9% des BIP.

### Im internationalen Vergleich strukturelles Defizit Österreichs niedrig und Abgabenquote hoch

- Die **strukturelle Defizitquote** fiel im Jahr 2014 in Österreich nach der EK-Frühjahrsprognose 2015 mit 0,4% des BIP auch im Vergleich zu den anderen Ländern im Euroraum niedrig aus (Euro-19-Durchschnitt 2014: -0,8% des BIP). Einige Länder des Euroraums verzeichneten 2014 gemäß EK-Daten strukturelle Budgetüberschüsse (z. B. Deutschland (+1,2% des BIP), Luxemburg (+1,6% des BIP), Zypern (+1,5% des BIP), Griechenland (+0,4% des BIP) und Estland (+0,2% des BIP)). Am oberen Ende der Skala befanden sich Irland (-4,1% des BIP), gefolgt von Belgien (-2,8% des BIP) und Frankreich (-2,6% des BIP).
- Im **internationalen Vergleich** weist Österreich eine hohe Abgabenbelastung auf. Höhere Abgabenquoten (Indikator 4 unter Berücksichtigung von imputierten Sozialbeiträgen) als Österreich (43,8% des BIP) wiesen 2014 in der EU nur die Länder Dänemark, Frankreich, Belgien, Schweden und Finnland auf. Von den internationalen Organisationen (EU und OECD) wird v. a. die hohe **Steuerbelastung des Faktors Arbeit** in Österreich kritisiert, die als wachstumsdämpfend angesehen wird. Durch die **geplante Steuerreform im Jahr 2016** soll der Faktor Arbeit entlastet werden.

### Konsolidierungspfad wird von der Länder- und Gemeindeebene unterstützt

- Sowohl die Landes- als auch die Gemeindeebene erreichte im Jahr 2014 einen im Wesentlichen **ausgeglichenen Haushalt**: Der Finanzierungssaldo der **Landesebene** (ohne Wien) verzeichnete erstmals seit 2003 wieder einen geringen Überschuss in Höhe von 45 Mio EUR (0,0% des BIP). Ebenso wies die **Gemeindeebene** 2014 mit 55 Mio EUR (0,0% des BIP) einen leicht positiven Haushalt auf. Ohne die **Stadt Wien** – deren Budgetdefizit nahezu unverändert bei rund 0,1 Mrd EUR blieb – erreichte die **Gemeindeebene (ohne Wien)** im Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von 0,2 Mrd EUR oder 0,1% des BIP.
- Wenngleich auf **Landesebene** der **Konsolidierungskurs** durch mittelfristige Budgetvorgaben verankert und durch etliche Reformvorhaben (u. a. Verwaltungsreformprozesse in Oberösterreich und Maßnahmen im Spitalswesen wie z. B. in Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg) begleitet wurde, trugen insbesondere **intergovernmentale Mehreinnahmen (in Nettobetrachtung)** in Höhe von 1,0 Mrd EUR oder 0,3% des BIP zur Verbesserung des Budgetsaldos im Jahr 2014 bei. Dies waren u. a.
  - Mehreinnahmen durch das **Abgabenänderungsgesetz 2014** (+230 Mio EUR);
  - Zweckzuschüsse des Bundes für den Ausbau des **institutionellen Kinderbetreuungsangebots** (+85 Mio EUR);
  - Ausweitung der Bundesmittel für **schulische Ganztagsbetreuung** und für die **Neue Mit-**

telschule (+55 Mio EUR);

- **Zweckzuschuss** aus dem **Pflegefonds** (+23 Mio EUR) auf netto 157 Mio EUR.
- Im Jahr 2014 **erfüllten** alle gebietskörperschaftlichen Ebenen die **Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012**. Beim Bund blieben dabei die Aufwendungen im Zuge des Bankenpakets außer Ansatz. Die Vorgaben zur Rückführung des Maastricht-Defizits wurden seit Inkrafttreten des ÖStP 2012 nicht angepasst, obwohl die Länder und Gemeinden bereits in den Jahren 2012 und 2013 die Zielvorgaben deutlich übererfüllten.
- Der **Konsolidierungserfolg** (Verbesserung des Finanzierungssaldos) fiel **gemessen an der Einwohnerzahl** im Jahr 2014 im Burgenland (103 EUR pro Kopf), gefolgt von Tirol (32 EUR pro Kopf) und Salzburg (27 EUR pro Kopf) am deutlichsten aus. Im Vergleich dazu verschlechterte sich der Budgetsaldo pro Kopf in Vorarlberg um 133 EUR und in Kärnten um 87 EUR.
- Die höchsten **Budgetdefizite pro Kopf** verzeichneten im Berichtsjahr die Steiermark (126 EUR), Kärnten (112 EUR) und Niederösterreich (106 EUR). Wien (als Land und Gemeinde) positionierte sich mit einem Budgetdefizit von 56 EUR pro Kopf bei jenen Gebietskörperschaften mit vergleichsweise geringen Ausgabenüberhängen.
- Die **OeBFA** stellt nach Aufforderung des Bundesministers für Finanzen auch **Finanzmittel für Dritte** im Namen und auf Rechnung des Bundes bereit. Insgesamt beliefen sich die **Darlehensforderungen** des Bundes (nach Swaps) **aus Drittfinanzierungen** (Bundesländer, ASFINAG, Theaterservice GmbH, Kunsthistorisches Museum) zum Jahresende 2014 auf 9,4 Mrd EUR. Der Anstieg ist fast zur Gänze auf die Erhöhung des Bestands an Darlehensforderungen des Bundes (nach Swaps) an die Bundesländer zurückzuführen (+0,8 Mrd EUR).
- Diese Finanzierungsform über die OeBFA deckte mit **57,1%** einen bedeutenden Teil der gesamten **Finanzschuld der Länder inklusive Wien in administrativer Abgrenzung** (2014: rund 16 Mrd EUR) ab. Mit Ausnahme von Vorarlberg und Tirol nahmen im Jahr 2014 alle Länder die Finanzierungsmöglichkeit über den Bund in Anspruch.

### **Anstieg der gesamtstaatlichen Verschuldung 2014 durch Gründung der Abbaugesellschaft HETA hoch**

- Ende 2014 betrug die **öffentliche Bruttoverschuldung Österreichs im Sinne von Maastricht** 278,1 Mrd EUR oder 84,5% des BIP (Ende 2013: 261,0 Mrd EUR oder 80,9% des BIP). Der **Zuwachs** der Bruttoverschuldung in Höhe von 17,1 Mrd EUR setzte sich dabei aus dem gesamtstaatlichen Defizit von 7,9 Mrd EUR (Primärdefizit von 0,1 Mrd EUR, Zinsendienst von 7,8 Mrd EUR) und den Stock-Flow-Adjustments in Höhe von 9,2 Mrd EUR zusammen.
- Die hohen **Stock-Flow-Adjustments** 2014 im Ausmaß von 9,2 Mrd EUR bestehen zu einem großen Teil aus den schuldenerhöhenden Effekten des Bankenpakets mit netto 7,1 Mrd EUR (Verpflichtungen der HETA von 13,4 Mrd EUR abzüglich des Defiziteffekts des Bankenpakets von 4,2 Mrd EUR und der Rückzahlung des Partizipationskapitals von 2,1 Mrd EUR). Zusätzlich erhöhten **ESM-Stammkapital-Einzahlungen** (0,4 Mrd EUR), **EFSF-Darlehensvergaben** (0,3 Mrd EUR) und **Periodenabgrenzungen** bei den Zinsen (0,7 Mrd EUR) den Schuldenstand. Auf Seite der schuldenreduzierenden Effekte waren – neben der **Rückführung von Partizipationskapital** im Umfang von 2,1 Mrd EUR – **Agios** aus Anleiheemissionen in Höhe von 0,5 Mrd EUR zu verzeichnen.
- Der **Zuwachs der Staatsschuld** auf Bundesebene im Ausmaß von 17 Mrd EUR war im **Berichtsjahr 2014** v. a. auf die Gründung der HETA (+13,4 Mrd EUR) als Abbaueinheit im Sektor Staat zurückzuführen. Auf Gemeindeebene (einschließlich Wien) stieg die Verschuldung um 0,5 Mrd EUR, auf Länderebene um 0,1 Mrd EUR. Von der Gesamtschuld des Staates entfielen Ende 2014 87,6% auf die **Bundesebene**, 7,3% auf die **Landesebene**, 4,7% auf die **Gemeindeebene** und 0,5% auf die **Sozialversicherungsträger**.

- Das Volumen der Maßnahmen zur **Stabilisierung der internationalen und nationalen Finanzmärkte** seit Ende 2008 erhöhte den Schuldenstand Österreichs bis Ende des Jahres 2014 um insgesamt 37,2 Mrd EUR oder 11,3% des BIP. Davon entfielen 27,8 Mrd EUR auf Maßnahmen im Rahmen des **österreichischen Bankenpakets**.
- Der **Anteil der Auslandsverschuldung** an der gesamten Staatsverschuldung erhöhte sich im Jahr 2014 um einen Prozentpunkt auf 77,5%. Diese Erhöhung war u. a. auf die HETA, die im 4. Quartal 2014 als „Bad Bank“ der Hypo Alpe Adria gegründet wurde, zurückzuführen. Das Gesamtbild der Gläubigerstruktur der Staatsschuld in Österreich wird trotz der Erweiterung des Staatssektors infolge der Umstellung auf das ESVG 2010 weiterhin von der Struktur der **Bundesschuld** dominiert, auf die rund 75% der gesamten öffentlichen Verschuldung laut Maastricht entfällt.
- Im **Inland** stellen die **Banken** den bedeutendsten Gläubigersektor des Staates dar, wenngleich seit dem Jahr 2011 deren Bedeutung als Gläubiger leicht abnimmt. **Private Anleger** (Unternehmen und private Haushalte) hielten über den direkten Wertpapierbesitz bzw. über den Besitz von Bundesschatzscheinen zum Jahresresultimo 2014 rund 1,1 Mrd EUR (0,4%) und spielten für die Finanzierung des Staates weiterhin eine untergeordnete Rolle.

### **Risikoaverse Grundausrichtung prägt die Struktur der Finanzschuld des Bundes**

- Die **Nachfrage** nach Schuldtiteln der **Republik Österreich** (und durch die innerstaatlichen Finanzierungen auch für die Länder in Österreich) war auf den Finanzmärkten im Jahr 2014 **rege**. Zeitweise konnte Österreich **Geldmarktpapiere** sogar zu **negativen Zinsen** verkaufen.
- Der **Liquiditäts- und Risikoaufschlag Österreichs** zu Deutschland bei 10-jährigen Staatsanleihen engte sich im Jahr 2014 auf 25 Basispunkte im Jahresdurchschnitt ein. Die **10-Jahres-Benchmark-Rendite für österreichische Bundesanleihen** fiel im Jahresdurchschnitt 2014 auf 1,5% (2013: 2%). Am 12.6.2015 betrug die Benchmark-Rendite für 10-jährige österreichische Bundesanleihen 1,04%.
- Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (nach Abzug des Eigenbesitzes) erreichte **Ende 2014** die Höhe von 196,2 Mrd EUR oder 59,6% des BIP (Ende 2013: 193,9 Mrd EUR oder 60,1% des BIP). Die **Nettoneuverschuldung des Bundes** betrug 2014 somit 2,3 Mrd EUR oder +1,2%.
- Die Herabstufung Österreichs von AAA auf AA+ vom 13. Februar 2015 durch die **Ratingagentur Fitch** führte zu keinen nennenswerten Reaktionen auf den Finanzmärkten. Analysen zu den Transmissionskanälen von Länderratings auf die Refinanzierungsbedingungen legen aber nahe, dass bei einem Szenario einer weiteren Herabstufung Österreichs durch Ratingagenturen mit einem Renditeanstieg gerechnet werden müsste. Dies erklärt sich insbesondere durch regulatorische Vorgaben für institutionelle Anleger, die sich an der Bonitätseinstufung orientieren.
- Die definierten **Budgetziele** der UG 58 im BVA 2014 (u. a. ausgewogenes Tilgungsprofil, liquide Referenzkurve für sieben verschiedene Fristigkeiten, Kenngrößenziele für den Zinsfixierungszeitraum) wurden im Berichtsjahr **umgesetzt**. Ab dem Jahr 2015 wird zur Evaluierung der Einhaltung der Bandbreite des Zinsfixierungszeitraums nur noch der Jahresendstand herangezogen. Die bereinigte Finanzschuld (nach Swaps) wies Ende 2014 eine lange Restlaufzeit von 8,7 Jahren und Verbindlichkeiten auf, die zu 95% fix verzinst waren.
- Der **periodenbereinigte Zinsaufwand (Ergebnishaushalt)** konnte 2014 im Vorjahresvergleich um 0,4 Mrd EUR auf 6,7 Mrd EUR rückgeführt werden. Die **Ausgabenunterschreitung des Ergebnishaushalts im Bereich Zinsaufwand** gegenüber dem **BVA** betrug im Jahr 2014 0,5 Mrd EUR und ist fast zur Gänze auf den stärker als erwarteten Rückgang der Renditen für österreichische Schuldtitel bzw. die vorsichtige Budgetierung durch das Bundesministerium für Finanzen zurückzuführen. Gemäß Finanzierungsrechnung bzw. Ergebnisrechnung erreichte die **Zinsaufwandsquote des Bundes** jeweils 2,0% des BIP.